

# Ein Sieg für die rechte Ratshälfte

Fast zwei Drittel der Grossratsmitglieder wollen die samstäglichen Ladenschlusszeiten von 16 auf 17 Uhr verlängern. Nun muss der Staatsrat ein entsprechendes Gesetz ausarbeiten, das wohl noch vors Volk kommt.

Jean-Claude Goldschmid

**FREIBURG** Die Einkaufswohnheiten der Konsumenten haben sich in den letzten 20 Jahren massiv verändert – in erster Linie wegen dem Internethandel, den Tankstellenshops und den Läden bei den Bahnhöfen. Dennoch hat der Kanton Freiburg die restriktivsten gesetzlichen Ladenschlusszeiten im Vergleich zu den Nachbarkantonen Waadt, Bern und Neuenburg. Seit 1999 ist am Samstag um 16 Uhr Ladenschluss. Zwei Versuche, das zu ändern, scheiterten in den Jahren 2001 und 2009 (die FN berichteten).

Diesen Januar nahmen die Grossräte Laurent Dietrich (CVP, Freiburg) und Stéphane Peiry (SVP, Freiburg) einen neuen Anlauf zur Liberalisierung, mit einer parlamentarischen Motion, die gestern Vormittag die erste Hürde schaffte – die Zustimmung des Kantonsparlaments. Mit 58 Ja- zu 39 Nein-Stimmen – bei 2 Enthaltungen – sagte der Grosse Rat Ja zu einer Verlängerung der samstäglichen Ladenöffnungszeiten. Dabei trug der Entschluss der Motionäre, die sanftere Variante «17 Uhr» statt der zuerst ebenfalls in Erwägung gezogenen Variante «18 Uhr» zur Debatte zu stellen, wohl massgeblich zum Erfolg bei. Denn abgesehen von vereinzelt bürgerlichen Liberalisierungsgegnern sprach sich einzig die linke Ratshälfte relativ geschlossen gegen das Ansinnen aus.

Nun muss der Staatsrat ein entsprechendes Gesetz ausarbeiten, über das wohl schliesslich – wie die meisten vermuten – im Rahmen eines Referendums erneut das Volk befinden muss. Dies dürfte allerdings frühestens 2018 der Fall sein.

## Wohl des Personals im Fokus

Die Debatte im Rat war indes – nicht nur wegen der hochsommerlichen Temperaturen – ziemlich hitzig und drehte sich vor allem um die Frage, inwiefern die Interessen und der Schutz der Arbeitnehmer, also der Ladenangestellten, zu gewichten seien. Xavier Ganiot (SP, Freiburg) hielt die Motion etwa für «unverantwortlich». Sie würde «einen Dialog zwischen den Sozialpartnern im Hinblick auf einen Gesamt-



Der Grosse Rat sagte gestern – nicht zum ersten Mal – Ja zu einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.

Bild Charles Ellena/

arbeitsvertrag (GAV) verumtöglichen». Die Innenstädte könne man nicht alleine mit längeren Ladenöffnungszeiten dynamischer gestalten. Dazu brauche es auch Märkte und kulturelle Veranstaltungen. Von einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten würden nicht in erster Linie die von den Motionären angesprochenen KMU profitieren, sondern vor allem die grossen Einkaufszentren an den Stadträndern. Christa Mutter (Grüne, Freiburg) räumte ein, dass die Fraktion Mitte-links-Grün in dieser Frage gespalten ist. Es sei aber eine Tatsache, dass der Samstag entscheidend für viele Geschäfte sei. Ein beträchtlicher Teil der Freiburger gehe samstags in die Nachbarkantone zum Einkaufen – was auch ökologisch wenig Sinn mache. Auch für Touristen sei es schwer verständlich, wenn die Läden am Samstag schon um 16 Uhr schliessen würden. Andererseits sei ein fairer GAV für das Verkaufspersonal auch für sie unerlässlich, und da sei der Staatsrat in die Pflicht zu nehmen. Alles andere sei «inakzeptabel».

Didier Castella (FDP, Pringy) mahnte hingegen, dass Freiburg unbedingt den «Naphthalingeruch der verstaubten Sparsamkeit» loswerden und attraktiver werden müsse. «In Domdidier ist es samstags um 16.30 Uhr tot, und zehn Minuten weiter, im Waadtländischen, sprudelt das Leben», sagte er. Auch Sébastien Frossard (SVP, Romanens) sprach davon, den Freiburger «Naphthalingeruch durch Rosenduft zu ersetzen». Auch für ihn reicht es dafür aber nicht, einfach nur die Ladenöffnungszeiten zu liberalisieren. Das alleine komme höchstens der Bequemlichkeit der Menschen entgegen.

Hubert Dafflon (CVP, Grolley) schliesslich sprach sich dezidiert für eine 17-Uhr- und gegen eine 18-Uhr-Lösung aus. Es gehe darum, die Freiburger Wirtschaft gegen die Konkurrenz in den Nachbarkantonen zu stärken. Gerade in der Broye sei dieses Thema besonders virulent. Er unterstütze «vernünftige Arbeitsbedingungen für das Personal», sei sich aber sicher, dass dieses bei der vorliegenden Liberalisierung nicht länger arbeiten müsse.

## Reaktionen

### «Im interkantonalen Vergleich konkurrenzfähig bleiben»

✚ Für Ratspräsident Bruno Boschung (CVP, Wünnewil) zeichneten sich diese Mehrheitsverhältnisse «schon im Vorfeld» ab. Die Variante, die Öffnungszeiten bis 18 Uhr zu verlängern, wäre aus seiner Sicht indes wohl chancenlos gewesen. Grossrat Ueli Johner-Etter (SVP, Kerzers) zeigte sich «sehr zufrieden» mit dem Ergebnis der Abstimmung – auch wenn er begreifen könne, dass von Gewerkschaftsseite nun wohl gegen diesen Ansatz opponiert werde. Gerade bei ihm im Seebezirk liege der Kanton Bern mit seinen längeren Öffnungszeiten allerdings besonders nahe, und viele Mitbürger gingen derzeit eben in den Nachbarkanton für ihre Samstagseinkäufe. André Schoenenweid (CVP, Freiburg), Grossrat und Präsident der CVP-Kantonalpartei, war persönlich gegen die Vorlage. «Es wird nun sehr

viel Energie für eine zusätzliche Stunde aufgewendet», sagte er. Er hätte sich eine viel umfassendere Debatte über eine Erneuerung des Handelsgesetzes gewünscht – die er nun eventuell mit einer weiteren Motion anstossen wolle. Staatsratspräsident Maurice Ropraz (FDP) sprach von einer «vernünftigen Lösung», die es Freiburg ermögliche, im interkantonalen Vergleich konkurrenzfähig zu bleiben. Bei einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) könne der Staatsrat allerdings lediglich einen Anstoss liefern. Die konkrete Aushandlung der Bedingungen sei eine Sache der Sozialpartner. Und für Grossrätin Paola Ghielmini Krayenbühl (Grüne, Corpataux) gehören zu attraktiveren Innenstädten nicht nur mehr Konsummöglichkeiten, sondern auch entsprechende kulturelle Angebote. jcg

## «Nein zu Liberalisierung ohne GAV»

Die Gewerkschaft Syna und die linkssozialistische «solidarités» kritisieren den Entscheid des Grossen Rats zu den Öffnungszeiten.

**FREIBURG** Der Entscheid des Grossen Rats zur Verlängerung der samstäglichen Ladenöffnungszeiten gab gestern auch in Gewerkschaftskreisen zu reden. Die Syna-Regionalverantwortliche Véronique Rebetez zeigte sich «empört» über den Beschluss. Dieser trage einzig ökonomischen Argumenten Rechnung und lasse die Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals völlig aussser Acht. Ohne einen entsprechenden Gesamtarbeitsvertrag (GAV) komme für die Syna eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten nicht infrage. Die Gewerkschaft werde auf jeden Fall ein Referendum gegen diese Gesetzesänderung unterstützen, so Rebetez. Denn die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen liessen zu wünschen übrig: Pausenzeiten würden selten respektiert, und auch Vorbereitungsarbeiten würden oft nicht bezahlt. Auch die linkssozialistisch ausgerichtete Gruppierung «solidarités» übte in einem Communiqué harsche Kritik an der geplanten Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Sie erinnerte daran, dass die Freiburger Bevölkerung schon zwei Mal Nein zu so einer Liberalisierung gesagt hat. Eine solche würde auf dem Rücken der Angestellten ausgetragen. Von diesen wiederum seien 68 Prozent Frauen, die 18 Prozent weniger verdienen würden als ihre männlichen Kollegen. jcg

## Express

### Zeugenaufwurf nach Fahrerflucht

**FREIBURG** Am frühen Mittwochnachmittag hat ein Autolenker auf der Champdes-Fontaines-Strasse in Freiburg einen 21-jährigen Mann angefahren, der einen Fussgängerstreifen überquerte. Wie die Kantonspolizei gestern mitteilte, erlitt der Fussgänger dabei leichte Verletzungen. Der fehlbare Lenker des schwarzen Kombis setzte seine Fahrt fort, ohne sich um das Unfallopfer zu kümmern. Die Polizei bittet Zeugen des Unfalls um einen Anruf unter 026 304 17 17. cn

# Fünf statt vier Jahre im Amt

Unumstritten war das zweite wichtige Geschäft der gestrigen Grossratsitzung. Einstimmig sagte der Rat Ja zu einer Anpassung der Amtsdauer von Kommissionen an die neuen Legislaturperioden.

Jean-Claude Goldschmid

**FREIBURG** Mit 89 zu 0 Ja-Stimmen fiel der gestrige Entscheid des Kantonsparlaments über das Gesetz zur Anpassung der Amtsdauer einiger Kommissionen eindeutig aus. Sämtliche Fraktionen sprachen sich einmütig für ein Eintreten auf die Vorlage aus.

Staatsratspräsident Maurice Ropraz (FDP) sprach wohl allen Anwesenden aus der Seele, als er das Geschäft «eine reine Formsache» nannte. Auch die beiden Lesungen des Gesetzes boten zu keinerlei grossen Diskussionen Anlass – zumal diese Änderung auch weder finan-

zielle noch personelle Auswirkungen hat, wie Maurice Ropraz betonte.

## Drei Amtsbereiche betroffen

Betroffen von der neuen Regelung sind Mandatsträger in drei Amtsbereichen: die Verwaltungsratsmitglieder des Amtes für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS), die Mitglieder der Fachprüfungskommission für die öffentlichen Gaststätten sowie die Verwaltungsratsmitglieder der kantonalen Lehrmittelverwaltung (KLV). Hintergrund ist das Gesetz zu den öffentlichen Nebenämtern vom September 2015, das die Mandatsdauer

derselben per 1. Juli 2017 von vier auf fünf Jahre erhöht, was der entsprechenden Anpassung bei der Legislaturperiode entspricht. Gleichzeitig wird die Zahl der erlaubten Mandate auf drei reduziert, so dass die Mitglieder der Kommissionen des Staates nicht länger als 15 Jahre im Amt bleiben können.

Diese neue Amtsdauer von fünf statt vier Jahren sowie die maximale Amtsdauer von 15 Jahren gilt mit dem gestrigen Entscheid nun auch für den ASS- und den KLV-Verwaltungsrat sowie für die Fachprüfungskommission für die öffentlichen Gaststätten. Das

entsprechende neue Gesetz tritt ebenfalls auf den 1. Juli in Kraft.

## Mehr Transparenz gefordert

In der Diskussion fiel einzig Grossrat Denis Chassot (La Broye c'est vous, Bussy) auf. Er wünschte sich «mehr Transparenz, was die Zusammensetzung dieser Kommissionen betrifft». Staatsratspräsident Maurice Ropraz entgegnete, dass es jedes Mal eine rechtliche Grundlage für die Erneuerung der Kommissionen gebe. Dabei kämen die unterschiedlichsten Kriterien zum Tragen, die von Kommission zu Kommission variieren könnten.

# Die Freisinnigen stellen die meisten neuen Köpfe

Insgesamt 25 Behördenmitglieder hatte der Grosse Rat im Rahmen seiner Junisitzung zu wählen.

**FREIBURG** Jean-Daniel Schumacher (FDP), Chantal Pythoud (SP), Michel Zadory (SVP), Bernadette Mäder-Brühlhart (MLG) und Markus Bapst (CVP) wurden in die Kommission für Gesundheitsplanung gewählt. Solange Berset (SP), Romain Collaud (FDP), Roland Mesot (SVP) und Laurent Thévoz (MLG) wurden in den Schulrat der Fachhochschule Westschweiz gewählt, Antoinette de Weck (FDP), Katharina Thalmann-Bolz (SVP) und Gaétan Emonet (SP) in die Kommission der Pä-

dagogischen Hochschule Freiburg. Christine Jakob (FDP), Bertrand Morel (CVP) und Katharina Thalmann-Bolz (SVP) nehmen neu in der Verwaltungskommission der Freiburger Strafanstalt Einsitz. Laurent Schneuwly wird Präsident der kantonalen Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz. In dieser nehmen ausserdem Philippe Gehring, André Marmy, Anne-Sophie Brady, Gerhard Fiolka, Jean-Jacques Robert und Luis Samaniego Einsitz. Valérie Dewarrat wird Beisitzerin am Bezirksgericht Vivisbach, René Stritt Besitzer beim Arbeitsgericht des Sensebezirks und Jean-Bernard Bapst Besitzer in der Rekurskommission für Bodenverbesserungen. jcg